

3 Die «Managed Care»-Vorlage ist landein, landaus hart umkämpft. Doch vieles bleibt vorerst unklar.

11 Gesundheit als gesellschaftspolitisches Thema: Fachfrau Ursula Leu nimmt Stellung.

18 Mittels Crowdfunding kann jeder mit ein paar Klicks zum Mäzen werden. Eine neue Art der Kulturförderung.

ausgang.sh

Die «Cinévox Junior Company» fungiert als Sprungbrett für junge Profi-Tänzerinnen und Tänzer.

schaffhauser az

Die lokale Wochenzeitung

Nr. 23, Donnerstag, 7. Juni 2012

CHF 3.50

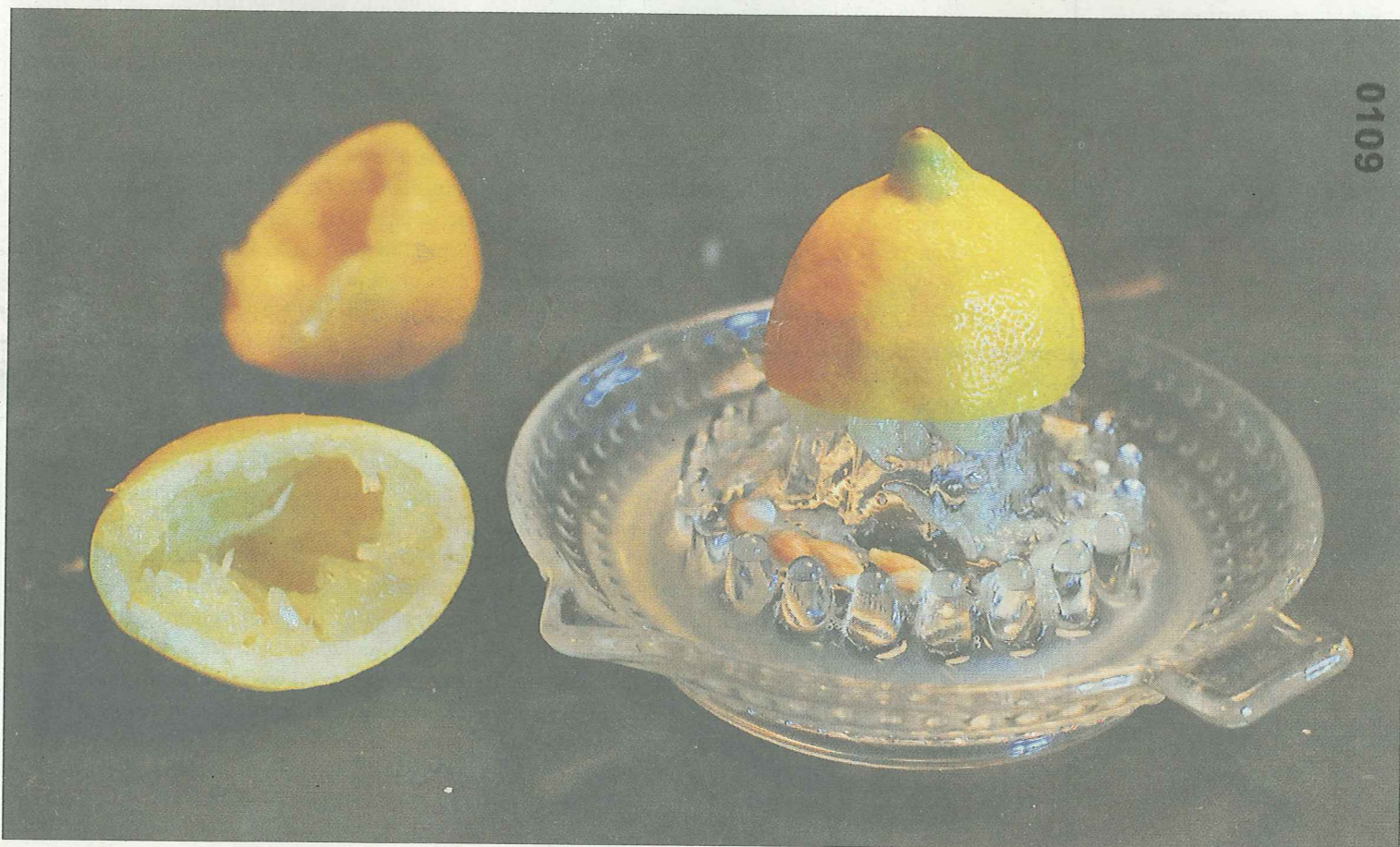


Foto: Peter Pfister

Die ausgepressten Zitronen

Das Entlastungsprogramm ESH3 des Regierungsrats sieht ein Sparpaket im Betrag von 25 Millionen Franken vor. Querbeet sind alle Departemente davon betroffen. Die «az» fragte bei den Fraktionen nach, was sie vom ESH3 halten – sowie bei den Spitälern Schaffhausen, bei den Landeskirchen, bei Kantonsschule, Volksschule und Musikschule. Der Tenor ist eindeutig: Ausser ein paar bürgerlichen Politikern sind die meisten entsetzt über die unsozialen und unsensiblen Sparvorschläge.

Seiten 6, 7, 8

Jeden
Sonntag
Laden und Café
ab 8.00 Uhr
geöffnet.

MÜLLER BECK
Vorstadt 25, Schaffhausen

das Café

Entlastungsprogramm (ESH3) des Regierungsrats: Das meinen die Fraktionen

Viel Arbeit für die Politiker

Über einen grossen Teil der 25 Millionen Franken, die der Regierungsrat einsparen will, muss der Kantonsrat entscheiden. Ob er allerdings allen Massnahmen seinen Segen geben wird, steht in den Sternen.

■ Bea Hauser

Am deutlichsten wird Werner Bächtold (SP, Schaffhausen), Präsident der SP/AL-Fraktion. Er meint, zu 17 Millionen Franken von den 25 einzusparenden Millionen habe der Kantonsrat gar nichts zu sagen, weil diese Summe in der Kompetenz des Regierungsrats liege. «Aber wir haben dazu trotzdem viele Fragen, welche die Regierung beantworten muss.» Wenn die Antworten nicht befriedigend ausfallen würden, müsste die Fraktion eben mit Vorstössen reagieren. Bächtold betont, dass er seine private Meinung äussere, da seine Fraktion die gewichtige Vorlage noch nicht im Detail beraten habe.

Bei den anderen Millionenbeträgen, über die der Kantonsrat entscheiden kann, stört sich Kantonsrat Bächtold an vielem. Es könne doch nicht sein, dass beim Preis für Entwicklungszusammenarbeit die «lächerliche Summe» von 10'000 Franken eingespart werde. Auch die gestrichenen Beträge für die Musikschule oder die Kieferorthopädie in der Schulzahnklinik kann Werner Bächtold

«nicht akzeptieren». Bei den Beträgen für die Staatsanwaltschaft (65'000 Franken) und der Sparvorgabe an die Gerichte im Budget 2012 im Betrag von 250'000 Franken wisse niemand im Kantonsrat, worum es gehe. Auch die eine Million Franken, die den Landeskirchen gestrichen wird, passt dem SP/AL-Fraktionspräsidenten nicht. «Der Kanton kann doch die Kirchen nicht ausbluten», findet er. Generell stört ihn, dass immer nur vom Sparen gesprochen wird, aber nicht über eine Steuererhöhung. «Ich kann das Sparpaket so nicht akzeptieren», betont Kantonsrat Bächtold. Die Fraktion müsse dagegen kämpfen, dass bei der Bildung gespart werde, das sei komplett kontraproduktiv. Im Sinne der SP sagt Werner Bächtold: «Gebühren statt Steuern – das ist die klassische Umverteilungspolitik.»

Langes Verfahren

Das dritte Programm zur Entlastung des Staatshaushalts sei in einem sehr langen Verfahren entwickelt worden, hält SVP/JSP/EDU-Fraktionspräsident Peter Scheck (SVP, Schaffhausen) fest. Es sei

noch völlig verfrüht, eine Stellungnahme zu den einzelnen Punkten abzugeben. «Es wird eine Spezialkommission gebildet werden, die sich mit allen diesen Punkten auseinandersetzen hat», sagt Kantonsrat Scheck. Dazu benötige das Parlament die Überlegungen der Regierung und der betroffenen Verwaltungsabteilungen. Seine Fraktion werde die ganze Vorlage voraussichtlich in einer Sonderfraktionssitzung behandeln. «Alles andere wäre nicht seriös», meint Peter Scheck.

«Ich habe die Vorlage noch nicht im Detail studieren können», gesteht Theresia Derksen (CVP, Schaffhausen). Aber dass so stark in der Bildung und bei den Landeskirchen gespart werden solle, passe ihr nicht. Man wisse auch bei den 4,5 Millionen Franken, die beim Spital gestrichen werden sollen, nicht, wo wieviel eingespart werden müsse. «Es sind noch zu viele offene Fragen», meint Kantonsrätin Derksen.

Als lobenswert bezeichnet Heinz Brütch (FDP, Büttenhardt) als Präsident der FDP/JF/CVP-Fraktion die Bemühungen der einzelnen Verwaltungsbereiche und der Regierung um die umfangreichen Vorschläge und Massnahmen. «Be-grüssenswert ist die Aussage, dass keine Sparbeiträge über Steuererhöhungen erfolgen und keine Mehrbelastung für die Gemeinden entsteht», sagte er. Es gelte nun, die verschiedenen Vorschläge und Massnahmen genau unter die Lupe zu nehmen.

«Unseriöse Steuergeschenke»

Keine der angefragten Fraktionen hatte bislang Zeit, die Vorlage im Detail durch-zuarbeiten. Das wurde auch von Bernhard Egli (ÖBS, Schaffhausen) als Präsi-dent der ÖBS/EVP-Fraktion bestätigt. Aber er betonte, dass seine Fraktion grundsätz-lich der Ansicht sei, dass die Regierung in den letzten Jahren «unseriöse Steuergeschenke» verteilt habe mit Geldern, «welche nun längerfristig für wichtige Projek-te fehlen».



Das Entlastungsprogramm ESH3 des Regierungsrats wird den Kantonsrat – hier an seiner letzten Sitzung – noch lange beschäftigen.

Foto: Peter Pfister

Entlastungsprogramm (ESH3) des Regierungsrats: Bitter für die Spitäler Schaffhausen

Erstaunen auf dem Geissberg

Im Globalbudget von 67 Millionen Franken werden den Spitälern Schaffhausen 4,5 Millionen Franken und 20 Stellen gestrichen. Bitter für eine rechtlich selbstständige Institution, die nicht mitreden konnte.



Können die Spitäler Schaffhausen die gleiche Leistung mit weniger Personal erbringen? Das ist bei den Entlastungsmassnahmen die Frage.

Archivfoto: Peter Pfister

■ Bea Hauser

Letzte Woche schlug die Nachricht, dass der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen das Budget um 25 Millionen Franken entlasten und dafür auch 57 Stellen streichen will, wie eine Bombe ein. Mit dieser Botschaft wurde dem Kantonsrat die Vorlage für die Entlastung des Staats-

haushalts mit dem Titel «ESH3» zuge stellt. Alle Departemente müssen Federn lassen (siehe auch «az» vom 31. Mai: «Opfersymmetrie beim Sparen»).

Was aber bedeuten die einzelnen Posten auf diesem Sparkurs? Für die Spitäler Schaffhausen wird es hart. Ihnen werden die Beiträge im Globalbudget von 67 Millionen Franken um 4,5 Millionen Fran-

ken gekürzt. Und im Stellenplan der Spitäler sollen 20 Stellen gestrichen werden. Spitaldirektor Hanspeter Meister sagte: «Ich bin erstaunt, dass wir als rechtlich selbstständige Institution nicht selber eigene Vorschläge zur Kostenreduktion machen konnten.» Die Erträge der Spitäler Schaffhausen liegen bei 180 Millionen Franken, wozu der Kanton gut einen Drittel beisteuert. Meister hofft nun, dass die 20 betroffenen Stellen durch natürliche Fluktuation eingespart werden können – wenn es denn dazu kommen sollte. Denn: «Mehr und bessere Leistungen können wir nicht mit weniger Personal erbringen», unterstreicht der Spitaldirektor. Gemäss Vorlage muss das Departement des Innern, zu dem die Spitäler Schaffhausen organisatorisch gehören, 8,628 Millionen Franken einsparen, davon sind die 4,5 Millionen Franken bei den Spitälern schon mehr als die Hälfte.

Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf, Vorsteherin des Departements des Innern, meint, die Spitäler Schaffhausen seien jetzt frei, selbst zu entscheiden, welche Kosten eingespart werden müssen. «Wenn die Spitäler mehr Gewinn machen, müssen sie auch weniger einsparen», so Regierungsrätin Hafner-Wipf.

Landeskirchen sind gegen Streichungsantrag

Der Kanton Schaffhausen entrichtet seit 1983 den drei anerkannten Landeskirchen, nämlich der evangelisch-reformierten, der römisch-katholischen und der christkatholischen Kirchgemeinde Schaffhausen und Umgebung, einen indexierten Staatsbeitrag. Gegenwärtig sind das im Budget 2012 4,1 Millionen Franken, wobei 77,5 Prozent an die Reformierten, 20 Prozent an die Katholiken und 2,5 Prozent an die Christkatholischen gehen. Diese Leistung sei ursprünglich aufgrund sogenannter historischer Rechtstitel erfolgt, schreibt der

Regierungsrat in seiner Vorlage. Die Landeskirchen sind zuständig für die Seelsorge in den Spitälern Schaffhausen und im kantonalen Gefängnis und haben die Kosten dafür zu tragen. Eine Reduktion der Beiträge im Betrag von 1 Million Franken sei angezeigt und vertretbar, «zumal die von den Landeskirchen angebotenen Leistungen aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung zurückgegangen sind», so der Regierungsrat. Vorgestern Abend haben sich Vertreterinnen und Vertreter der drei Landeskirchen getroffen, um eine gemeinsame Stellung-

nahme zu den Sparmassnahmen auszuarbeiten.

Die Landeskirchen sind enttäuscht, dass sie im Vorfeld des regierungsrätlichen Entscheids nicht Stellung beziehen konnten. Die Höhe der geplanten Reduktion von einer Million Franken stelle die Kirchen vor sozial kaum lösbar Probleme. Die Landeskirchen bitten deshalb die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, den Streichungsantrag abzulehnen und den Regierungsrat zu beauftragen, mit den Landeskirchen in Verhandlungen zu treten. (ha.)

Entlastungsprogramm (ESH3) des Regierungsrats: Musikschulen in Bedrängnis

Musikunterricht wird teurer

Das Erziehungsdepartement muss 7,3 Millionen Franken weniger ausgeben. Die Vertreter der Bildungsinstitutionen stellen sich die Frage, wie das gehen soll, und sie befürchten einen markanten Leistungsabbau.



Philipp Locher, ein langjähriger Schüler von Vaclav Medlik, wird wie andere Musikschüler künftig mehr für seine Lektionen bezahlen müssen. Foto: Peter Pfister

■ Thomas Leuzinger

Eigentlich sollte die Vorlage des Regierungsrates den Haushalt entlasten. Vorerst ist das Entlastungsprogramm ESH3 aber eher eine Belastung für die Verantwortlichen der Bildungsinstitutionen, die zum Sparen angehalten werden. Wie die Massnahmen, die jetzt auf dem Tisch liegen, umgesetzt werden sollen, darüber herrscht grosse Unklarheit. Das betrifft etwa die Volksschule, wo allein durch Reduktion der Lektionsverpflichtung 800'000 Franken eingespart werden sollen. «Ich habe die Zahlen gelesen», sagt Roland Kammer, der Präsident des Lehrerverbandes Schaffhausen, gegenüber der «az». «Wie dies aber umgesetzt werden soll, weiss ich noch nicht.» Eine entsprechende Nachfrage beim Erziehungsdepartement brachte keine konkrete Antwort. Vorgesehen sei, dass die Zahl der Schülerlektionen reduziert werde und dass 15 Stellen an der Volksschule wegfallen sollen.

Die Musikschulen trifft es hart

Mehr weiss man bei den Musikschulen, die vom Kanton künftig 275'000 Franken

weniger erhalten werden. Für die Musikschule MKS Schaffhausen ist das ein beträchtlicher Anteil an den insgesamt 842'000 Franken, welche die Institution noch im vergangenen Jahr erhielt. Doch damit noch nicht genug: Da die Gemeinden per Gesetz verpflichtet sind, den gleichen Betrag wie der Kanton auszurichten, befürchtet Esther Herrmann, die MKS-Schulleiterin, dass nun auch diese ihre Ausgaben um einen Viertel kürzen werden. Damit würden dem MKS dann 420'000 Franken in der Kasse fehlen. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Änderungen einfach geschluckt werden», so Herrmann.

Denn die direkte Konsequenz der Sparmassnahme sind steigende Schulgelder. Während ein Semester heute 780 Franken kostet, könnte der Betrag künftig auf 1025 Franken ansteigen, rechnet Herrmann vor. «Die Schulgelder würden sehr teuer werden», meint sie. «Das kann doch niemand bezahlen, zumal wir kein Lohnniveau wie in Zürich haben.» Andere Kantone könnten Musikschulen aufgrund der Subventionen 45-Minuten-Lektionen für 400 Franken pro Semester anbieten.

Dass künftig weiterhin 1500 Lektionen pro Semester gebucht würden, das bezweifelt sie deshalb. Sollte die Zahl massiv sinken, könnte der Unterricht sogar noch teurer werden, denn die Fixkosten wie das Stimmen eines Klaviers fallen unabhängig davon an, wie intensiv ein Instrument genutzt und damit mitfinanziert wird. «Die Musikschule ist ernsthaft gefährdet», meint Herrmann.

Frust gibt es auch an der Kantonsschule. «Die von den Massnahmen betroffenen Lehrpersonen und Fachschaften sind enttäuscht und teilweise verärgert, dass Angebote, welche mit Herzblut entwickelt worden sind, jetzt aus Spargründen wieder gestrichen werden müssen», sagt Kanti-Rektor Urs Saxer. Er hält die Massnahmen, die von der Schulleitung eingebracht wurden, aber für die besten, um die Einsparungsvorgaben der Regierung zu erfüllen. Das bedeutet, dass auch bei der Kanti Stellen abgebaut werden. «Wenn eine Klasse weniger unterrichtet wird und wenn Unterrichtsangebote eingeschränkt werden, können weniger Lektionen unterrichtet werden», so Saxer. «Davon sind die Lehrpersonen betroffen.»

Indirekte Kosten steigen

Roland Kammer befürchtet zudem, dass das Entlastungsprogramm den Lehrerberuf alles andere als attraktiv machen werde. «Bis heute wartet die Lehrerschaft auf wirkliche Attraktivierungsmassnahmen», sagt er. «Verbesserungen gibt es nicht zum Nulltarif.» Auch die Kürzungen bei der Sonderschule oder bei der Schulzahnklinik überraschen ihn. «Es trifft die Falschen, nämlich die Schwächsten», so Kammer. Er kritisiert, dass man zwar auf eine Steuererhöhung verzichtet habe, nun aber indirekt die Kosten für die Betroffenen erhöhe. Das weitere Vorgehen will der Schaffhauser Lehrerverband erst festlegen, wenn die Umsetzung der einzelnen Massnahmen geklärt ist. Bis dahin werden die vorgeschlagenen Massnahmen noch für einige Sorgenfallen verantwortlich sein.